

LIBYEN

Nato warnt vor Anarchie

Libyen stehe knapp zwei Jahre nach dem Sturz des Diktators Muammar al-Gaddafi vor dem Zerfall – warnt eine Nato-Delegation, die Ende Juni das Land bereiste. „Alle Parteien in Libyen sind der Ansicht, dass die derzeitige Lage des Landes fragil und unhaltbar ist“, heißt es in dem vertraulichen Bericht der Delegation, der dem SPIEGEL vorliegt. „Armee und Polizei sind derzeit nicht in der Lage, die Sicherheit zu garantieren“, so die Abgesandten. In Libyen befinde sich „das weltweit größte ungesicherte Arsenal von Waffen“, darunter Minen, Munition sowie tragbare Flugabwehrsysteme. „Die Unfähigkeit der libyschen Behörden, die Kontrolle über das Staatsgebiet herzustellen, hat es kriminellen und anderen bewaffneten Gruppen einschließlich transnationalen Dschihadisten-Netzwerken erlaubt, Libyen als Basis oder Transit für militärische Aktivitäten zu nutzen“, heißt es weiter. Der libysche Außenminister Mohammed Imhamid



Milizionäre in Tripolis

Abd al-Asis wird mit den Worten zitiert, Libyen werde zu einem „gescheiterten Staat“ („failed state“), wenn die internationale Gemeinschaft nicht eingreife. Die Regierung in Tripolis hat die Nato gebeten, den Aufbau einer bis zu 35 000 Mann starken Nationalgarde zu unterstützen. Doch die Militärexperten aus Brüssel äußern Zweifel an dem Konzept. Sie bemängeln, dass die neue Truppe direkt dem libyschen Premierminister unterstehen soll. Zudem müssten auf jeden Fall die regierungskritischen Revolutionsgarden mit einbezogen werden. „Sie zu ignorieren ist vollkommen unrealistisch.“ Aber es mangle den Regierungsstellen an der „Fähigkeit, Rat anzunehmen und umzusetzen“.



WELTHANDEL

Chinesischer Kanal

Der Mann, der eine neue Ära im Welthandel heraufbeschwört, ist 40 Jahre alt, lebt mit Mutter, Bruder und Tochter in Peking und hat Chinesische Medizin studiert. Wochenlang war über Wang Jing spekuliert worden, nun stellte sich der Multimillionär, der einen neuen Kanal zwischen Pazifik und Atlantik bauen will, der Öffent-

lichkeit vor. Das Projekt, Mitte Juni von Nicaraguas Parlament bewilligt, soll 40 Milliarden Dollar kosten und wäre eine Alternative zum 99 Jahre alten Panamakanal, der gerade für mehr als fünf Milliarden Dollar erweitert wird. Der Nicaragua-Kanal solle deutlich breiter und tiefer werden – und sei damit geeignet, viel größere Schiffe aufzunehmen, so Wang. „Die Aussichten sind gut und werden jeden Investor zum Lächeln bringen.“ Allerdings wäre die neue Wasserstraße mit 286 Kilometern auch mehr als dreimal so lang wie der Panamakanal und würde, wie Umweltschützer kritisieren, wohl durch den Nicaragua-See führen, die größte Süßwasserreserve Zentralamerikas. Wang behauptet, die Bewohner der Kanalzone freuten sich auf die Jobs, die der Bau bringe. Bei einem Besuch hätten sie ihn mit „China!“- und „Kanal!“-Rufen begrüßt. Ende 2014 soll Baubeginn sein. Nicaraguas linksgerichteter Präsident Daniel Ortega – mit dessen Sohn der Investor befreundet ist – verfolgt mit dem Kanal auch ein politisches Ziel: Wangs Firma soll die Konzession für 50 Jahre erhalten, das ist eine Provokation für die US-Regierung. Denn damit würden Nicaragua und eine chinesische Firma einen Engpass des Welthandels kontrollieren.

UKRAINE

Flammende Wut

Eine Vergewaltigung – ausgerechnet durch Polizisten – hat landesweite Empörung und eine Debatte über Behördenwillkür ausgelöst. Zwei Männer waren in dem südkrainischen Ort Wradijewka über eine Frau hergefallen, ein Taxifahrer schaute seelenruhig zu. Weil die örtliche Polizei ihre Kollegen zunächst unbehelligt ließ, versammelten sich rund tausend Einwohner vor dem Revier. Sie warfen Steine und steckten das Gebäude in Brand. Der Oppositionspolitiker und Boxweltmeister Vitali Klitschko sagte, der Fall sei ein „Weckruf für die Gesellschaft“. Immer wieder werden in der Ukraine ähnliche Skandale bekannt: Polizisten oder Politiker begehen Verbrechen – und bleiben straffrei. Im März vergangenen Jahres hatten drei Männer in

Nikolajew die 18-jährige Oksana Makar vergewaltigt, angezündet und auf einem Baugelände zurückgelassen. Obwohl die Frau drei Wochen später starb, erhob die Staatsanwaltschaft nicht einmal Anklage. Zwei Täter sind Söhne ehemaliger, aber immer noch einflussreicher Regierungsbeamter. Erst nach Protestmärschen in Kiew und Nikolajew wurden die Männer zu hohen Haftstrafen verurteilt.



Protest gegen Polizeiwillkür in Kiew